

## Schutz der Artenvielfalt: Landnutzung, Bewirtschaftung und Naturschutz versöhnen

*Spätestens seit dem erfolgreichen bayerischen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und dem Bericht des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) ist der Erhalt der Artenvielfalt ganz oben auf der politischen Agenda. Für uns in der Land- und Forstwirtschaft sind „Schutz“ und „Nutzung“ schon immer zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Balance zwischen diesen beiden Elementen wird nun breit diskutiert.*

Der Erhalt einer reichen Vielfalt an Arten liegt im Interesse der gesamten Gesellschaft. Unsere Lebensgrundlagen und unsere Ökosysteme sind ohne Artenvielfalt in Gefahr. Uns in der Land- und Forstwirtschaft kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Sie haben einerseits ein besonderes Interesse an einer großen Artenvielfalt, die Waldbau und Landwirtschaft erst ermöglicht. Zugleich liegt es auch in der Verantwortung der Land- und Forstwirtschaft, Raum für Pflanzen und Tiere zu schaffen und zu erhalten.

Doch um den Rückgang der Artenvielfalt wirksam zu bekämpfen, müssen alle gesellschaftlichen Akteure Verantwortung übernehmen. Denn die Ursachen sind vielfältig. Einseitige Schuldzuweisungen führen nicht weiter. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz.

- **Jeder muss Verantwortung übernehmen:** Ein zentraler Faktor für den Artenrückgang ist der immer noch viel zu hohe Flächenverbrauch hierzulande. Der wachsende Flächenbedarf für Verkehr, Wohnungsbau und Industrie verringert Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen. Also müssen auch in diesen Bereichen angemessene Maßnahmen für den Artenschutz ergriffen werden, z.B. durch die verstärkte Entsiegelung von Industriebrachen.  
Aber auch wir in der Land- und Forstwirtschaft müssen weiter Verantwortung übernehmen: Vertragsnaturschutz, Agrarumweltmaßnahmen, Biotopverbünde, Fruchtfolgenenerweiterung, Zwischenfrüchte, Blühstreifen, Lerchenfenster oder die Reduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sind nur einige der Schlagwörter.
- **Ökosystemleistungen honorieren:** Die Gesellschaft sollte anerkennen, dass die Ökosystemleistungen der Land- und Forstwirtschaft, die der Artenvielfalt zugutekommen, Leistungen sind, die von der Gesellschaft eingefordert, aber oft von den privaten Eigentümern finanziert werden. Sie sollten daher stärker honoriert werden. **Artenvielfalt gibt es nicht zum Nulltarif!**
- **Zielkonflikte benennen** Zugleich muss ins öffentliche Bewusstsein rücken, dass Maßnahmen zur Förderung der Artenvielfalt im Spannungsfeld mit anderen wichtigen Zielen stehen können. Einige Beispiele: Die Stilllegung von Flächen kann zu einer intensiveren Nutzung auf anderen Flächen führen. Windräder tragen eine Mitschuld am Rückgang von Fluginsekten (Modellstudie des Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig). Wer Pflanzenschutzmittel im Wald kategorisch verbieten will, um die Biodiversität zu schützen, macht den Wald in der aktuellen Krise anfälliger für Schädlingsbefall und schwächt ihn in seiner Funktion als Klimasenke. Und selbst der Co-

Vorsitzender des Weltbiodiversitätsrats empfiehlt, den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zwar zu reduzieren, aber nicht zu verbieten, weil die Ertragseinbußen dann zu groß seien (Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai 2019). Diese Zielkonflikte zwischen Artenvielfalt, Klimaschutz, Ernährungssicherung und Wirtschaftlichkeit müssen benannt und diskutiert werden.

- **Zusammenhänge aufzeigen statt vereinfachen**

Es liegt an den Menschen, die in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten, die Zusammenhänge zwischen „Nutzen“ und „Schützen“ besser aufzuzeigen. Die einfache Gleichung „Bewirtschaftung gleich Artenrückgang“ bzw. „Stilllegung und Naturschutz gleich Artenvielfalt“ geht nicht auf. So führen landwirtschaftliche Brachen meist zu Verunkrautung der Flächen und sind damit wenig interessant für die Fauna und auch selbst in Naturschutzgebieten ist oft ein Rückgang an Arten zu beobachten. Hingegen ist die Artenvielfalt in vielen Wirtschaftswäldern höher als im nicht-bewirtschaftetem Wald. Die Stilllegung von Flächen ist daher oft keine Lösung und kann sogar kontraproduktiv sein.

- **Politische und regulatorische Anreize setzen**

Auch die Politik hat eine wichtige Rolle. Sie hat vielfältige Hebel, Artenvielfalt zu fördern. Dabei muss sie die Balance zwischen Bewirtschaftung und Naturschutz wahren und Eigentumsrechte schützen. Freiwillige Maßnahmen und Anreize sollten Vorrang haben vor Ordnungsrecht und Verboten. Flächeneigentümer und -nutzer müssen frühzeitig in die Planung und Umsetzung staatlicher Maßnahmen wie auch öffentlicher Planungsprozesse eingebunden werden. Ökosystemleistungen der Land- und Forstwirtschaft sollten durch eine gezielte Förderpolitik wirtschaftlich attraktiv gemacht werden. Vertragsnaturschutz, „Naturschutz auf Zeit“ und freiwillige Agrarumweltmaßnahmen müssen weiter gestärkt werden. FFH-Gebiete sollten am Bedarf, nicht an abstrakten Kriterien ausgerichtet werden.

- **Dialog statt Frontenbildung**

Für einen wirksamen Artenschutz bedarf es Lösungen und Maßnahmen, die auf Akzeptanz und Effektivität aufbauen und ein kooperatives Miteinander von Land- und Forstwirtschaft einerseits und Naturschutz andererseits befördern. Bewirtschaftung und Naturschutz stehen dabei teilweise in einem Spannungsfeld, schließen sich aber nicht aus. Dabei müssen sich alle Naturschutzmaßnahmen an ihrer Wirksamkeit und Effizienz messen lassen – insbesondere, wenn sie in privates Eigentum eingreifen. Andererseits sind die Flächeneigentümer und Bewirtschafter gut beraten, zuzuhören und in den Dialog mit der Gesellschaft zu treten. Der Vorwurf, die andere Seite argumentiere nur ideologisch, greift oft zu kurz und verhärtet die Fronten.

**Fazit:** Die Land- und Forstwirtschaft muss sich ihrer Verantwortung stellen, wirksame Maßnahmen ergreifen und diese auch effektiv kommunizieren. Gesellschaft und Politik dürfen es sich aber nicht zu einfach machen: Einseitige Schuldzuweisungen an die Land- und Forstwirtschaft

schaft sind weder „good politics“ noch „good policy“: Sie verstärken die Entfremdung zwischen ländlichem Raum und urbanen Eliten, ohne etwas für den Artenschutz erreicht zu haben.

*Fabian Wendenburg*



BU: Das bayerische Volksbegehren zur Rettung der Bienen wurde zum Symbol der aktuellen Debatte rund um den Erhalt der Artenvielfalt. Photo: Juanma Clemente-Alloza